

Basel - ein Handelshemmnis?

Ernst Joachim Martin

Als gegen Ende der 80er Jahre eine Serie von Müllskandalen an die Öffentlichkeit gelangte, gab es eine breite Unterstützung für die Aufarbeitung der Angelegenheiten und für eine rechtliche Verfolgung der Verursacher. Was hatte zu diesen "Skandalen" geführt?

Ende der 80er Jahre war die Industrie in Mitteleuropa in einer Expansionsphase. Sowohl die Chemische Industrie als auch die NE-Metallindustrie hatten jedoch mit der Tatsache zu kämpfen, dass ihr Expansionsbedürfnis durch die immer knapper werdende Ressource "Deponieraum" eingeschränkt wurde. Während man noch bis zu Beginn der 70er Jahre ein vom "ex-und-hopp"-Denken beeinflusstes Handeln in weiten Teilen der Bevölkerung - und damit auch in weiten Kreisen der Industrie - pflegte, erkannte man langsam aber sicher die Grenzen, die dieses Handeln einem auferlegte.

Während der vergangenen 2 Dekaden hatte wachsendes Umweltbewusstsein in weiten Kreisen der Bevölkerung und in der auf sie reagierenden Politik zu immer stärkeren Auflagen für Abfalldeponien - und insbesondere zu solchen für Industrieabfälle - geführt.

Deponien, die seit Jahren oder Jahrzehnten genutzt worden waren, wurden nun mit Beschränkungen versehen. Diese waren einerseits Nutzungsbeschränkungen, durch die Einführung von Grenzwerten für bestimmte Feststoffe, aber insbesondere für die mit den Sickerwässern mobilisierten Stoffe.

Man muss sich vor Augen halten, dass die Jahre zuvor von der Idee geprägt waren, immer größere Produktionsanlagen zu errichten, um in den Aufbauzeiten nach dem zweiten Weltkrieg die expandierenden Marktwirtschaften bedienen und die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen zu können. Energie war in praktisch uneingeschränktem Maße verfügbar. Erst die sog. Energiekrise zu Beginn der 70er Jahre leitete ein Umdenken ein, wenngleich auch erst in sehr eingeschränktem Maße. Rohstoffe für die NE-Metallindustrie beispielsweise waren in Europa zwar knapp geworden - einige Lagerstätten wie der Rammelsberg in Goslar - waren jedoch noch in voller Produktion, aber die hier schwindenden Ressourcen konnten durch neu erschlossene Lagerstätten in Afrika und Australien mehr als kompensiert werden. Rohstoffe waren zwar in Europa knapp, aber vorhanden und bezahlbar.

Dennoch hatte sich in Europa bereits eine Kultur der Wieder-Nutzbarmachung von NE-Metallen Raum geschaffen. Insbesondere die Metallindustrie profitierte von den in Zeiten knapper Rohstoffe erlangten Fertigkeiten, Schrotte zu sammeln und wieder einzusetzen, oder sonstige NE-metallhaltigen Rückstände aufzuarbeiten und im industriellen Kreislauf zu halten.

Dementsprechend wurden zahlreiche Rückstände gehandelt und als Rohstoffe wiedereingesetzt. Dazu zählten nicht nur Edelmetalle oder die Schrotte aus Kupfer, Eisen und Stahl, sondern vielmehr auch solche Rückstände, die zunächst insbeson-

dere von Laien nicht als werthaltige Sekundärrohstoffe zu erkennen waren, die dennoch ihren Markt hatten. Es sind dies insbesondere Schlämme, Krätzen und Schlacken, um nur einige wenige zu nennen.

Diese Sekundärrohstoffe sind deshalb von Laien nicht als Wertstoffe zu erkennen, weil man ihnen die Werthaltigkeit nicht oder zumindest auf den ersten Blick nicht ansieht. Erst der chemische Aufschluss oder metallurgische Schmelzverfahren schaffen es, die Wertmetalle in eine weiter verarbeitbare Form zu überführen und damit "sichtbar" werden zu lassen.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Einsatz von Sekundärrohstoffen eine lange Tradition hat. Kupfer, Gold und Silber wurden schon seit ihrer frühen Nutzbarmachung durch den Menschen immer wieder eingeschmolzen und im Kreislauf gehalten. Der zu Beginn der 90er Jahre durch die Politik neu entdeckte Begriff "Kreislaufwirtschaft" war bereits seit Generationen in der Nichteisenmetallindustrie Tagesgeschäft. Dabei machte man sich zu Nutzen, dass der Einsatz von Sekundärrohstoffen - insbesondere handelte es wohl um nicht mehr genutzte Gegenstände des täglichen Bedarfs aber auch Schrotte - deutlich weniger Energie benötigt als die Verarbeitung von Primärrohstoffen (Erzen, Konzentraten) und zudem oftmals weit weniger Abfälle erzeugt. Das heißt, dass mit der Verarbeitung von Sekundärrohstoffen mehrere Vorteile vereint wurden: Erzeugung von hochwertigen Metallen durch einfache Schmelzprozesse ohne die Generierung größerer Mengen von Abfall.

Der Mangel an primären Rohstoffen konnte ausgeglichen oder zumindest gedämpft werden, metall- oder wertstoffhaltige Abfälle wurden im Kreislauf gehalten und die schließlich zu deponierenden Abfälle waren weitgehend frei von Wertstoffen.

Europa war durch den Bedarf an neuen Verarbeitungstechniken zur Erschließung auch der letzten gewinnbaren Gehalte in Rückständen in Technologieführerschaft gegangen.

Vor diesem Hintergrund darf nicht übersehen werden, dass insbesondere die klassischen Rohstoffländer im Laufe der Jahre eine Vorwärtsintegration betrieben hatten und damit die ursprüngliche Aufgabenteilung von Rohstofferzeugung und Verarbeitung völlig durcheinander geraten war. Die Rohstofferzeuger hatten den strategischen Vorteil, zumeist auch über die geringeren Arbeitskosten sowie generell auch über günstigere Energiekosten zu verfügen. Auch unter diesem Aspekt waren und sind gerade die europäischen Länder gezwungen, ihre Effizienz ständig zu verbessern. Der einzige Rohstoff, der uns heute nach dem Schließen fast aller Primärerzvorkommen in Europa geblieben ist, ist die Kreativität und die Schaffenskraft der in den Industrieunternehmen arbeitenden Mitarbeiter.

Somit entstanden weltweit in Industrieländern, in Schwellenländern, die ihre eigene Industrialisierung bereits vorangetrieben hatten, aber auch in zunehmendem Maße in klassischen Entwicklungsländern Industrieunternehmen, die sich zunehmend aufgrund der bereits oben geschilderten Kostenvorteile zur starken Konkurrenz der damals noch westeuropäischen Industrie entwickelten.

Die dort installierten Technologien waren dabei den europäischen oft ebenbürtig oder sogar - aufgrund der relativ jungen Installation der Anlagen - überlegen. Dieses Dilemma ergab sich zwangsläufig durch die hier durchgeführte Ausbildung von Studen-

ten aus diesen Ländern in Natur- und Ingenieurwissenschaften einerseits sowie durch den Drang heimischer Unternehmen, in den Rohstoffländern aus Gründen der Kostenersparnis oft eigene Verhüttungskapazitäten zu schaffen, andererseits.

Konsequent war demnach auch, die hier auf Grund der vergleichsweise hohen Energie- und Personalkosten nicht mehr wirtschaftlich zu verarbeitenden ärmeren Sekundärrohstoffe in diesen Anlagen der dritten Welt aufzuarbeiten. Die dabei bisweilen entstandenen Unregelmäßigkeiten, die manchmal von interessierter Seite zu Umweltskandalen aufgebauscht, in anderen Fällen jedoch tatsächlich skandalös waren, sind aus verschiedenen Gründen, die sowohl psychologischer Natur waren aber auch in vielen Fällen in tatsächlicher Unbesorgtheit von weiten Teilen der Gesellschaft begründet waren, leicht zu erklären.

Hier hat die eigentliche Wirkung des Basler Übereinkommens eingesetzt. Der Lern- und Umstellungsprozeß war insbesondere für die europäische Industrie schmerzhaft und teuer. Er förderte zwar auf der einen Seite die Entwicklung von prozessintegrierten Verfahren zur Vermeidung von Abfällen, auf der anderen Seite wurde sehr viel Energie in die rechtliche Handhabung der überlebenswichtigen Rohstoffbeschaffung investiert, Energie, die an anderer Stelle für den Erhalt von Industrien in den klassischen Industrieländern fehlte! Unter den Folgen dieser Schwerpunktsverschiebung, die in Konsequenz zur Verlegung von Rohstoffverarbeitungskapazitäten in die Nähe der Rohstoffherzeuger führte, haben heute insbesondere die europäischen Industrieländer erheblich zu leiden, die große Zahl der insbesondere in der erzeugenden und verarbeitenden Industrie verloren gegangenen Arbeitsplätze ist ein wesentlicher Teil der schweren Bürde, die die Gesellschaften heute zu tragen haben!

Warum war dies so? Nun, das Basler Übereinkommen war eine Kopfgeburt! Getrieben von den Müllskandalen brauchte man schnell Erfolge! Von vielen, insbesondere populistisch orientierten "Stakeholdern", dazu zählt selbstverständlich auch oder vielmehr in erster Linie die Politik (man wollte ja wiedergewählt werden), wurde ein recht simples Schema von gut und böse gefunden, propagiert und inszeniert, das die Industrie völlig unvorbereitet traf. Dazu kam, dass die Medien durch die Verbreitung dieser Thesen in eine Machtstellung gelangten, die sie wahrscheinlich so nie erwartet und ohne diese Skandale nie erlangt hätten. Es war der Beginn der "Mediokratie", der Beginn der Herrschaft der veröffentlichten Meinung!

Diese neue Macht traf die Industrie völlig unvorbereitet. Hier war man in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter gekommen bei der Optimierung der Prozessabläufe und hatte vor lauter Sachbezogenheit die wachsende Bedeutung der Medien für die gesellschaftliche Akzeptanz von Sachverhalten vollständig ignoriert. Eine fatale Fehleinschätzung! Presse und Medien wurden eher gering geschätzt, da man sich selbst zu denjenigen zählte, die die eigentliche Quelle des Wohlstandes der Industrieländer waren und damit wenig angreifbar hielt. Umweltschutz ist - und auch dieses ist eine grundlegende Erkenntnis - zunächst eine Sache der saturierten Gesellschaften.

Die Forderungen des Basler Übereinkommens trafen daher zunächst auf eine recht "fachorientierte und zudem fachkompetente" Expertengemeinde in der Industrie, die diese Forderungen aus ihrem Selbstverständnis als Ingenieure und Experten wegen der für diese selbstverständlichen Zusammenhänge zwischen Industrieproduktion

und Reststofferzeugung mit Unverständnis und einer gewissen Ignoranz nicht zur Kenntnis nehmen wollten.

Auf der anderen Seite waren die insbesondere von Greenpeace erhobenen radikalen Forderungen zur Abfallvermeidung, die in breiten Kreisen der Bevölkerung angesichts der aussagekräftigen Bilder auf große Sympathien traf. Theoretisch war alles sehr simpel und einfach zu lösen. In der Praxis führten jedoch diese "einfachen" Lösungen zu erheblichen Problemen bei der Versorgung mit Rohstoffen und damit regelmäßig zu Gratwanderungen zwischen Legalität und Illegalität.

Insbesondere die stark vereinfachende Feststellung, dass alles, was nicht Produkt war, Abfall sein sollte, erzeugte neben dem allgemeinen Unverständnis für ein solch grobes Maß an Vereinfachung, auch erhebliche Abneigung, sich mit diesem Thema ernsthaft zu befassen, zeigte es doch die gravierende Unkenntnis von den tatsächlichen Zusammenhängen in der wertschöpfenden Industrie! Es war einfach viel zu "unrealistisch", als dass man darüber überhaupt den einen oder anderen Gedanken verschwenden müsse.

Dazu zeigte die Diskussion in den folgenden Jahren gewisse Züge einer Mentalität, die man im Deutschen gerne als "Krämerseele" bezeichnet und die von ernsthaft denkenden und handelnden Menschen nicht als adäquat für eine inhaltliche Auseinandersetzung betrachtet wird. Gerade hier wurde sehr viel Energie verbrannt!

Als man im Laufe der dann folgenden Jahre erkannte, dass diese alpträumhaften Vorstellungen von Abfall und Nicht-Abfall mit den durch das Übereinkommen ursprünglich für tatsächlich gefährlichste Abfälle auch auf den Sekundärrohstoffkreislauf in aller Konsequenz angewandt wurde, leitete dies in letzter Konsequenz die Verlagerung von alteingesessenen Industrien in die Primärrohstoffländer ein.

Um nun auf den Titel des Vortrages zurückzukommen, der da heißt "Basel - ein Handelshemmnis", muss ich folgendes feststellen:

1. Basel ist in der Tat ein Hemmnis! Wenngleich sich neue Stoffströme neue Wege gesucht haben.
2. Basel ist gleichzeitig eine Maßnahme zum Transfer von Industrien aus den Industrieländern - insbesondere Europas - in die damaligen Nicht-Industrieländer, wie Korea, Mexiko, Indien, China und andere, die heute entweder bereits im Kreis der Industrieländer angekommen sind oder aber zumindest auf dem Wege dorthin recht große Schritte unternommen haben.
3. Basel hat aber auch, und das ist evident, durch eine recht stark vereinfachende Diktion und die Instrumentalisierung durch die Medien zum Verlust von hunderten von Arbeitsplätzen in den Industrieländern geführt. Die heute angetroffene ökonomische Situation insbesondere in den Kernländern Europas, den klassischen Industriestandorten, ist nicht zuletzt auch ein Resultat dieser Politik. Zahlreiche neu entstandene Arbeitsplätze in den Umwelt-Industrien, Beratungsbüros und Behörden konnten und können diesen Verlust in keinsten Weise ausgleichen!

Was sollten wir daraus lernen:

1. Wir brauchen wesentlich mehr Kommunikation zwischen der Industrie und der Gesellschaft.
2. Es muss verstanden werden, dass die Industrie nicht Selbstzweck, sondern integraler Bestandteil der Volkswirtschaften und grundlegend für deren Wohlstand ist.
3. Auflagen und Einschränkungen, die die Volkswirtschaften beschließen und insbesondere der Industrie auferlegen, sind letztendlich durch diese Volkswirtschaften selbst zu tragen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!